

Der Breslauer Arbeiterverein von 1848.
Seine Gründung und Entwicklung bis zum ersten Provinzialkongress
der schlesischen Demokraten (Mitte Juli 1848)

WALTER SCHMIDT, BERLIN

Nach der siegreichen Märzrevolution von 1848 in Berlin entwickelte sich in der schlesischen Metropole ein überaus reichhaltiges politisches Leben. Die Bürger der Stadt nutzten umgehend die gerade eroberten demokratischen Rechte und Freiheiten, namentlich die Versammlungsfreiheit und das Vereinigungsrecht. Seit Ende März schossen politische Vereine wie Pilze aus der Erde. Die Demokraten und die Arbeiter standen dabei an der Spitze. An der Wende vom März zum April bildete sich der Demokratische Verein, später auch Demokratischer Hauptverein genannt, da noch zahlreiche weitere demokratische Vereine in Breslau entstanden und er sich für ganz Schlesien verantwortlich fühlte, weil sich Lokalvereine der Provinz ihm anschlossen. Ihm standen seit dem Vormärz bekannte und bewährte Breslauer Demokraten vor: der Stadtrat Rudolf Becker (1807–1877), der Arzt Dr. Heinrich Otto Engelmann (1817–?), der führende Christkatholik Dr. Ottomar Behnsch (1813–1869) und der Gymnasiallehrer und Redakteur der demokratisch orientierten „Schlesischen Chronik“ Dr. Moritz Elsner (1809–1894) sowie der Zahnarzt Dr. Reinhard Linderer (?–1859). Zum Präsidenten war der Kaufmann Karl Eduard Lasswitz gewählt worden. Dem Verein hatten sich weitere, bereits in der Vormärzopposition politisch aktive Persönlichkeiten angeschlossen: der radikal-demokratische adlige Gutsbesitzer Eduard von Reichenbach (1912–1869), der Gymnasiallehrer und Publizist Julius Stein (1813–1889), der Kaufmann Ferdinand August Held, der Kunstmaler Philipp Hoyoll (1816–nach 1875), der „Literat“ August Semrau (1816–1893), die Ärzte Dr. Isidor Pinoff (1815–um 1880), Dr. Sigismund Asch (1825–1901) und Dr. Levy, der durch oppositionelle Schriften weithin bekannte Stadtgerichtsrat Heinrich Simon (1805–1860). Ihnen gesellten sich junge Intellektuelle wie die Studenten Hermann Brehmer (1826–1889) und Robert Schlehan (1826–1861) hinzu. Erst im Verlauf der Wahlkampagne im April bildeten sich in Breslau der Konstitutionelle Verein, der liberale Ziele verfolgte, sowie ein Vaterlandsverein,

der den Konstitutionellen weitgehend folgte, und ein demokratisch-konstitutioneller Verein, der stärker demokratisch orientiert war.¹

*

Ebenfalls im Zeitraum von Ende März bis Mitte April 1848 vollzog sich die Gründung einer zweiten großen demokratischen Organisation Breslaus, des Arbeitervereins.² In den Märzbewegungen waren die schon im Vormärz gegen ihre durch die Wirtschaftskrise sich verschlechternde Lebenslage widerständig gewordenen Breslauer Proletarier nicht nur deutlich politisiert worden, sondern war zugleich auch ihr Emanzipationsdrang geweckt worden. Das Bedürfnis, sich zur Geltendmachung ureigenster sozialer Interessen politisch selbständig zu formieren, schlug sich bereits Ende März in Forderungen nach Organisation der Arbeit und allgemeiner Volksbewaffnung nieder. Schon am 21. März hatte sich eine Breslauer Arbeiterdeputation nach Berlin begeben und dem preußischen Ministerium eine von dreieinhalbtausend Personen unterzeichnete Erklärung übergeben, in der gegen den Vereinigten Landtag protestiert, allgemeines Wahlrecht und die Errichtung einer Arbeiterkammer bei einem Arbeitsministerium verlangt wurde.³ Am 3. April legte die Deputation in Breslau Bericht darüber ab, nannte das Versprechen der Regierung, beim Arbeitsministerium eine Kommission aus Arbeitern und Arbeitgebern einzurichten, und verkündete, dass die Arbeiter nur solche Deputierte wählen würden, „die die Lage der Arbeiter kennen.“ Es sollten nur Arbeiter gewählt werden.⁴

Die seit Ende März sich vollziehende Arbeitervereinsgründung⁵ wurde wesentlich befördert und im Grunde geleitet von führenden Repräsentanten der Breslauer Demokratie, die sich der Arbeiterforderungen annahm und sie in politische Bahnen mit deutlicher demokratischer Stoßrichtung lenkten. Bereits am 28. März fand die erste Arbeiterversammlung statt, auf der außer dem Stadtrat Baron Franz Ferdinand Hubert Stücker, Ritter von Wayerhof^{5a} durchweg nur Arbeiter sprachen (der Schneidergeselle Eduard Pelz, der Schriftsetzer und Buchdrucker Lindner, der Tischler-Altgeselle Heilpaap, Kirchner und der Tischlergeselle Steeg).⁶ Am 3. April schalteten sich erstmals massiv Breslauer Demokraten in die Versammlung der Arbeiter ein. Eine von Sigismund Asch, der in der Folgezeit zum bedeutendsten Protagonisten in der Breslauer Arbeitervereinsbewegung wurde, geleitete Arbeiterversammlung übte sofort scharfe Kritik an dem von der preußischen Regierung vorgelegten Wahlgesetzentwurf, der so genannte Nicht-

1) Zu den Vereinsbildungen von 1848 in Breslau siehe Christian GÜRTLER, *Vereine und nationale Bewegung in Breslau. Ein Beitrag Breslaus für Freiheit und Demokratie in Deutschland*, Frankfurt am Main 2003, S. 107–157; Helmut BLEIBER, *Die Haltung der Parteien gegenüber der Landbevölkerung in der Wahlbewegung im Frühjahr 1848 in Schlesien*, in: Helmut BLEIBER/Walter SCHMIDT: *Schlesien auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft. Bewegungen und Protagonisten der schlesischen Demokratie im Umfeld von 1848. Erster Halbbd.*, Berlin 2007, S. 149–169. 2) Siehe dazu auch GÜRTLER (wie Anm. 1), S. 139–146. 3) Vgl. Theodor MÜLLER, *Die Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie. Erster Teil*, Breslau 1925 (Nachdruck Glashütten im Taunus 1972), S. 38f. 4) *Allgemeine Oder-Zeitung (AOZ)*, 4. April 1848. In den Zitaten aus zeitgeschichtlichen Quellen wird die Orthographie durchweg modernisiert. 5) Hierzu und zum Folgenden siehe vor allem: *AOZ*, 5., 7., 12., 18., 19. und 20. März 1848 sowie *Breslauer Zeitung (BZ)*, 30. März und 5., 6. und 16. April 1848, S. 772, 838, 852, 964. 5a) Zu Stücker siehe Norbert CONRADS, *Von Schlesien nach Amerika. Der Weg des Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung Gustav Adolf Rösler (1818–1855)*, in: *Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte* 7 (1999), S. 132f; Bleiber/Schmidt (wie Anm. 1), S. 339. 6) *BZ*, 30. März 1848, S. 772.

selbständige, also Gesellen, Dienstboten und Almosenempfängern das Wahlrecht verweigerte. Die folgende Arbeiterversammlung vom 5. April beschloss eine von Asch, Elsner, dem berühmten Botaniker, Universitätsprofessor, Präsidenten der Leopoldina und führenden Christkatholiken Christian Gottfried Nees von Esenbeck (1776–1858)^{6a}, Martin May und August Semrau verfasste Protestadresse gegen den Wahlgesetzentwurf, verlangte überdies direkte Wahlen und nahm zugleich entschiedene Stellung gegen eine vom Breslauer Magistrat gebildete Arbeiterkommission, aus der die Arbeiter ausgeschlossen worden waren. Diese antiproletarischen Maßnahmen von Regierung und Magistrat provozierten geradezu die Entwicklung proletarischen Selbstbewusstseins.

Kein Wunder, dass die Diskussionen darüber am 5. April in den Vorschlag von Asch und May mündeten, einen selbständigen Arbeiterverein zu bilden, der schon auf der nächsten Arbeiterversammlung am 10. April mit der Wahl einer Statutenkommission feste Gestalt annahm, in die Asch, Elsner, Nees von Esenbeck, May, Semrau, Baron Stücker und der Schneidergeselle Pelz berufen wurden. Begleitet waren die Gründungsaktivitäten von einem Streit um die anzustrebende soziale Zusammensetzung des Vereins und die Rolle der Arbeiter bei der Erarbeitung der programmatischen Dokumente. Während der Student der Naturwissenschaften Hermann Brehmer, der nach der Revolution als Mediziner zum „Schöpfer der modernen Sanatoriumsbehandlung der Tuberkulose“⁷ wurde, und die Arbeiter Falkenhain und Pelz dafür plädierten, nur wirklichen Handarbeitern den Zutritt zum Verein zu gestatten, die auch die Arbeiterkommission des Magistrats beherrschen sollten, sowie das Statut vor allem von Gesellen ausarbeiten und den Verein generell nur von Arbeitern verwalten zu lassen,⁸ setzte sich die Mehrheit der Demokraten unter Asch und Lasker mit der Meinung durch, auch kleine Meister, die ja auch von den Kapitalisten ausgebeutet und unterdrückt würden, in den Verein aufzunehmen.⁹ Schon in der Gründungsphase kamen also distinkte proletarische Emanzipationsbestrebungen zu Geltung, wurde einer Politik das Wort geredet, die schon im Vormärz von schlesischen Sozialisten wie Wilhelm Wolff (1809–1864)¹⁰ und Rudolph Matthäi (1818–1889)¹¹ verfochten worden war, nämlich den Gegensatz von Meistern und Gesellen nicht zu eskamotieren und für eine dominierende Rolle der Handarbeiter im Vereinsleben zu sorgen. Diese Erfahrungen brachte neben einigen Arbeitern vor allem Brehmer in die Debatte ein, der wahrscheinlich schon zu diesem frühen Zeitpunkt unter dem Einfluss des Mitglieds des Bundes der Kommunisten Wilhelm Wolff stand. Wolff war am 13. April aus dem Pariser Exil nach Breslau zurückgekehrt, hatte sich sowohl dem Demokratischen Verein wie dem Arbeiterverein angeschlossen und bemühte sich, wie sein Brief an die Zentralbehörde ausweist, „brauchbare Leute unter den Arbeitern“ zu gewinnen und zur Arbeit heranzuziehen.¹²

6a) Günther HÖPFNER, Nees von Esenbeck (1776–1858) — ein deutscher Gelehrter an der Seite der Arbeiter, in: Beiträge zur Nachmärzforschung. Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 47, Trier 1994, S. 9–102. **7)** Die berühmten Ärzte, hrsg. von René DUMESNIL/Hans SCHADEWALDT, Köln 1966, S. 397. **8)** AOZ, 7. und 12. April 1848. **9)** AOZ, 18., 19. und 20. April 1848. **10)** Walter SCHMIDT, Wilhelm Wolff, in: Karl OBERMANN u. a. (Redaktion), Männer der Revolution, Berlin 1970, S. 39–78. **11)** Walter SCHMIDT, Rudolph Matthäi (1818–1889). Ein Vormärz-Sozialist und achtundvierziger sozialer Demokrat in Schlesien, in: Helmut BLEIBER/Walter SCHMIDT/Susanne SCHÖTZ (Hg.), Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 2, Berlin 2007, S. 331–374. **12)** Walter SCHMIDT, Wilhelm Wolff an Wallau und andere für die Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten, 18. April 1848, in: Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 1, Berlin 1970, S. 761; siehe auch Helmut BLEIBER, Wilhelm Wolffs Aufenthalt in Breslau im Frühjahr 1848, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6 (1958), H. 6, S. 1313; GÜRTLER (wie Anm. 1), S. 116–118, 145 f.

Die Gründungsversammlung am 14. April beriet und beschloss die Vereinsstatuten. Der Verein bezeichnete sich als eine „geschlossene Gesellschaft von Handarbeitern aller Art“, wie Pelz es vorgeschlagen hatte, was lediglich im Hinblick auf die Gewerke mit der Bemerkung „ohne Rücksicht auf den Unterschied von Meistern und Gesellen“ ergänzt wurde. Gefordert wurde die Anerkennung des Rechts auf und die Pflicht zur Arbeit. Zweck des Vereins sollte „die gemeinschaftliche Förderung der geistigen Ausbildung, die gemeinschaftliche Beförderung der ökonomischen und gesellschaftlichen (sozialen) Interessen und die gesellige Unterhaltung“ sein. Ein Paragraf 11 nannte als Wege der geistigen Bildung „Vorträge zu Politik, Wissenschaft, Kunst und gesellschaftlichen Zuständen“ mit anschließenden Diskussionen, aber auch die Verlesung von Zeitungen sowie Unterricht in Lesen, Schreiben und Zeichnen. Auch sollte eine eigene Bibliothek angeschafft werden.

Nach all dem trug der Verein den Charakter eines Arbeiterbildungsvereins, der von vornherein auf soziale und politische Arbeiterinteressen festgelegt sein sollte. In diese Richtung gestalteten die demokratischen Führungskräfte auch das künftige Vereinsleben. Demokratische Politik stand im Vordergrund. Zugleich aber war – um speziellen sozialen Bedürfnissen der Arbeitermitglieder gerecht zu werden – auch vorgesehen, ein Geschäftsbüro für Arbeitsvermittlung zu installieren, das jedoch in der Folgezeit nicht aktiv wurde.

Nachdrücklich wurde auch bestimmt, zu anderen Arbeitervereinen Verbindung aufzunehmen. Mitte Mai informierte Asch über die von Mitgliedern des Bundes der Kommunisten ausgehende Aufforderung des Mainzer Arbeitervereins an die deutschen Arbeitervereine, sich zu einer Arbeiterorganisation im nationalen Rahmen zusammenzuschließen, was auf eine Initiative Wilhelm Wolffs hindeuten könnte, der darum wusste.¹³ Einige kleinere schlesische Städte hätten schon Kontakt aufgenommen. Ob Breslau auf die Mainzer Initiative antwortete, bleibt im Dunkel. Anfang Juni suchte der Marburger Arbeiterverein, offenbar im Vorfeld des ersten Demokratenkongresses zu Pfingsten 1848, Kontakt zum Breslauer Arbeiterverein.¹⁴ Auf dem Frankfurter Demokratenkongress war der Arbeiterverein dann auch durch Lindner vertreten,¹⁵ der Anfang Juli darüber berichtete. Er machte dabei namentlich auf die Teilnahme von Arbeitervereinen am Kongress aufmerksam und vermittelte ein Stimmungsbild über den süddeutschen Raum, wo das Volk zwar reif für die Republik sei, diese aber nicht durch Gewalt, sondern auf dem Wege der Propaganda und Überzeugung herbeigeführt werden solle.¹⁶ In der gleichen Sitzung informierte Glatz über die Arbeit des Königsberger Arbeitervereins, der Kontakt mit Breslau aufnehmen wollte.¹⁷ Anfang Juni beantragte May, sich für einen Kongress sämtlicher Arbeitervereine in Berlin einzusetzen, wogegen Asch argumentierte, dass sich die lokalen Vereine erst einmal konsolidieren müssten und generell dem eine „politische Reinigung Deutschlands“ vorausgehen müsste. Aschs Einwand schlossen sich andere an, sodass der Antrag vorerst fallen gelassen wurde.¹⁸

*

Um die politisch-soziale Bewusstseinsbildung der Arbeiter zu befördern, engagierte sich Nees von Esenbeck schon seit Anfang April für die Gründung einer eigenen Vereins-

13) AÖZ, 23. Mai 1848: Arbeitervereinsitzung vom 18. April. 14) BZ, 4. Juni 1848, S. 1412. 15) Gerhard BECKER, Das Protokoll des ersten Demokratenkongresses vom Juni 1848, in: Jahrbuch für Geschichte 8 (1973), S. 394. 16) AÖZ, 9. Juli 1848: Arbeitervereinsitzung vom 6. Juli. 17) Ebenda. 18) AÖZ, 3. Juni 1848: Arbeitervereinsitzung vom 1. Juni.

zeitung.¹⁹ Geldsammlungen sollten ein finanzielles Fundament für die Herausgabe eines „Arbeiterjournals“ als soziale Zeitschrift schaffen, das den Breslauer „Volksspiegel“, allerdings wesentlich populärer und für Arbeiter verständlicher redigiert, fortsetzen und den Namen „Der deutsche Volkstribun. Für politisches und soziales Leben“ erhalten sollte. Das Blatt sollte im Verlag von Eduard Trewendt herausgebracht werden und drei Mal wöchentlich erscheinen. Als Mitglieder der Redaktion waren vorgesehen: der Herausgeber des vormärzlichen sozialistischen „Volksspiegels“ Ferdinand Behrend,²⁰ Nees von Esenbeck, der Philosophiestudent August Kattner, ein Mitglied der dissidentischen Breslauer Gemeinde der Christkatholiken, der wahrscheinlich bald für Marx’ „Neue Rheinische Zeitung“ in Köln korrespondierte und später mit sozialistischen Artikeln am von Stein in Breslau herausgegebenen „Deutschen Volkskalender“ mitarbeitete,²¹ und Dr. W. Friedensburg, der 1848 mit Vorträgen über Sozialismus auftrat. Zum Vorbild nahm sich Nees von Esenbeck die französischen Arbeiterblätter des Vormärz „Phalange“ und „Democratie pacifique“. Das Programm nannte als Ziele die Aufklärung des Volkes, bei klarer Parteinahme für das Volk und namentlich für die Arbeiter. Doch sollte kein Aufruhr gepredigt und auch keine Feindschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat gesät werden, freilich nur wenn die Arbeiter nicht der Bourgeoisie geopfert würden. Schon Mitte April zeigte sich jedoch, dass trotz Agitation von Nees von Esenbeck auf einer speziell einberufenen Volksversammlung kaum Aktien für die Assoziation zur Herausgabe des Blatts gezeichnet wurden. Aufforderungen zu größerer Beteiligung verhallten ungehört.

Bis zum Erscheinen des „Volkstribuns“ wollte Nees von Esenbeck jedoch nicht warten, um Aufklärung des Volkes zu betreiben, was sein Hauptanliegen war und blieb. Seit Anfang April erschienen wahrscheinlich in Absprache mit ihm „Fliegende Blätter“,²² die als Zwischenlösung bis zum Erscheinen des „Volkstribuns“ gedacht waren und auch für dessen Gründung warben.²³ Herausgegeben wurden sie von früheren Redakteur des inzwischen wohl eingegangenen „Volksspiegels“ Ferdinand Behrend; doch war Nees von Esenbeck einer der Hauptautoren der „Blätter“.

Deren Aufklärungsarbeit zielte einmal darauf, Klarheit über die zu erkämpfenden demokratischen Verhältnisse zu schaffen. Dem diente der Abdruck eines Vorschlags von Nees von Esenbeck von Anfang März 1848 zur Bildung eines gesamtdeutschen Parlaments, in dem

19) Hierzu siehe: AOZ, 4., 7., 19. und 20. April 1848. **20)** Zu Behrend siehe Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA Rep. 77 Tit. 2 Lit. V Nr. 36: Die Censur der von Ferdinand Behrend zu Breslau unter dem Titel „Volksspiegel“ herausgegebenen Monatsschrift von 1847. Ferdinand Behrend, gebürtig aus Klein-Ottersleben, Kreis Wanzleben, lebte seit 1840 in Breslau. Er erlernte den Buchhändlerberuf in Magdeburg, arbeitete danach in Kopenhagen und Frankfurt am Main. In Breslau fertigte er Lithographien an und malte Porträts. Er gab den „Volksspiegel“ heraus, dessen Redaktion ab Januar 1847 Pinoff übernahm. **21)** Zu Kattner siehe Cand. phil. A. KATTNER, Breslau, Lehmdamm Nr. 12, an Marx, zwischen Juni 1848 und Mai 1849, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Gesamtausgabe. Dritte Abt., Bd. 2, Berlin 1979 (MEGA2 III/2), S. 455; Landesarchiv Berlin, Rep. 30 C Tit. 94 Lit. B Nr. 321 (8891): betr. den früheren Herausgeber der westdeutschen Zeitung Dr. Hermann Heinrich Becker, Bl. 84–91; Christkatholisches Leben, Bd. 2, S. 259–270; Deutscher Volkskalender für 1850 (Breslau, 6. Jg.) [nach Exzerpten von H. BLEIBER], S. 68–73 und 97–116, 112–149. **22)** Fliegende Blätter (FB), hrsg. von Ferdinand BEHREND, Selbstverlag Breslau 1848. Die „Blätter“ erschienen in der ersten Aprilhälfte in insgesamt 6 Nummern mit 48 Seiten. Dem Verfasser stand die Nr. 5 nicht zur Verfügung. **23)** Siehe FB, Nr. 2, S. 16 und Nr. 4, S. 31f.: Bis zum Erscheinen des Volkstribuns „werden einstweilen die fliegenden Blätter dessen Stelle vertreten.“

er im Vergleich mit damaligen Überlegungen von Bassermann und Welcker und anders als diese entschieden für allgemeines Wahlrecht zur Einrichtung einer deutschen Volkskammer eintrat.²⁴ Die Notwendigkeit, demokratische Verhältnisse herzustellen, stand auch im Mittelpunkt einer Betrachtung über echte und unechte Konstitutionen.²⁵ Außenpolitisch schien den „Blättern“ ein Krieg gegen Russland unvermeidlich, durch den die „deutschen Stämme“ geeinigt und ein Bündnis mit Frankreich und Polen hergestellt werden könnte.²⁶ Die Errichtung einer Volksherrschaft galt als das A und O aller politischen Bestrebungen. Nur auf diesem Wege sei auch das Recht auf Arbeit zu verwirklichen. Und „darum muss jeder Arbeiter Demokrat sein.“²⁷ Im übrigen hätten auch die Arbeiter und nicht die Bürger die Revolution gemacht.

Damit ist bereits das eigentliche Generalthema genannt, das sich wie ein roter Faden durch alle Beiträge der „Fliegenden Blätter“ zieht: die Wahrnehmung der Interessen des „armen Volkes“, der Besitzlosen, der Proletarier. Die meisten Artikel in den nur in sechs Ausgaben erschienenen „Blättern“ widmen sich der Darstellung der Lage der Arbeiter, der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, Besitzenden und Besitzlosen und von Wegen zur Lösung der so genannten sozialen Frage. Die Redaktion betrieb einerseits eine ausgesprochen radikale, antikapitalistische, vor allem gegen die große Bourgeoisie gerichtete Agitation, orientierte andererseits aber zu keiner Zeit auf Klassenkampf, sondern auf friedliche Ausöhnung der sozialen Gegensätze. So will Nees von Esenbecks Plan für ein Ministerium der Arbeiter als höchste Verwaltungsstelle, die den Organismus der Arbeit zum Wohl der Arbeiter regieren soll,²⁸ über Assoziationen und Vermittlungen das Verhältnis von Arbeitern und „Lohngebern“ derart ordnen, „dass der Mensch des Besitzes sich mit dem Menschen der Arbeit immer enger zur Familienform verbindet.“²⁹ Die Arbeiter werden zwar aufgefordert, sich für ihre Rechte einzusetzen, ob auf gesetzlichem oder sogar ungesetzlichem Wege.³⁰ Ihr Krieg gegen den „liberalen Bourgeois“ sei nicht von ihnen verschuldet, sondern von den Besitzenden, die an ihren Privilegien festhielten und nicht bereit seien, sie aufzugeben, wodurch nur Friede und Gerechtigkeit zu erreichen wären. Die Kapitalisten sollten den Arbeitern nicht nur Lohn zahlen, sondern sie an ihren Gewinnen beteiligen.³¹ Man wolle nicht die Besitzrechte, das Privateigentum, aufheben, sondern lediglich dessen Missbrauch, der zur Ausbeutung der Arbeiter führe, beseitigen, wozu die Eigentümer das Recht auf Arbeit anzuerkennen hätten: „die Gewährleistung der solange unbeachteten Rechte der Arbeiter“.³²

Die schärfste Attacke führten die „Fliegenden Blätter“ gegen den „schlesischen Bourgeois-Liberalismus“, „das politische Vaterunser der reichen Bürgerklasse“.³³ Die von ihm geheiligten konstitutionellen Güter Pressefreiheit und Assoziationsrecht, so heißt es an anderer

24) FB, Nr. 3 und 4, S. 17–24 und 25–29: Nees von ESENBECK: Vorakten zur Entwicklung der deutschen Volkskammer, Breslau, den 5. April 1848; ders.: Adresse der Ostdeutschen an den Bundestag, Breslau den 5. März 1848. 25) FB, Nr. 6, S. 41–42: Was ist eine echte, was ist eine unechte Konstitution? 26) FB, Nr. 2, S. 9, 13: Krieg oder Frieden? 27) FB, Nr. 2, S. 13. 28) FB, Nr. 1, S. 1–8: Nees von ESENBECK: Das Ministerium der Arbeiter. 29) FB, Nr. 1, S. 6. 30) FB, Nr. 2, S. 12. 31) FB, Nr. 2, S. 13–16: Verrat! Verrat! 32) FB, Nr. 4, S. 28–30. 33) FB, Nr. 6, S. 42–47: Der schlesische Bourgeois-Liberalismus und das arme Volk. Als Verfasser ist ein plus-minus „E“ genannt, was auf Nees von ESENBECK hinweisen könnte. Doch spricht der Inhalt eher für Behrend, der schon im Vormärz deutlich strikt antibourgeois wahrsozialistische Positionen verfochten hatte. Ausführliche Zitierungen aus dem Artikel finden sich in MÜLLER (wie Anm. 3), S. 56–58.

Stelle, mache das Volk nicht satt.³⁴ Es müsse mehr geschehen, eben Eigentumsprivilegien aufgegeben werden. Aber „Wie überall sind auch in Schlesien die Interessen des behäbigen Bourgeois, des Kapitalisten, von den Interessen des Arbeiters nicht bloß nicht verschieden, sondern einander geradezu entgegengesetzt. Arbeiter und Kapitalisten stehen sich feindlich gegenüber. [...] Unter der Herrschaft des Bürgertums fallen also die Arbeitenden stets den Besitzenden, vor allem den Kapitalisten, in die Hände.“³⁵ Der Verfasser sieht es als Sozialist als seine Aufgabe, das arme Volk über seine Situation aufzuklären, ihm „zum Bewusststen seiner Kraft und Würde zu verhelfen“, was natürlich den Besitzenden und den Liberalen missfalle, die ihrerseits alles unternähmen, um die Massen in Unwissenheit zu halten und sie durch einige Wohltätigkeitsmaßnahmen zu beschwichtigen. Sollte es dabei bleiben und die Besitzenden die Armen weiterhin ihrem Schicksal überlassen, dann würden sie ein Ungewitter heraufbesören, das beider Schicksal entscheiden würde. „Den Weg friedlicher Vermittlung scheint Ihr in Eurer Verblendung zu verwerfen, obgleich wir zu wiederholten Malen die Stimme der Cassandra erhoben. Ihr habt uns das Los der Cassandra teilen lassen; mögt Ihr nun die blutigen Folgen verantworten, wir waschen unsere Hände in Unschuld.“³⁶

Die „Fliegenden Blätter“ agierten ohne Zweifel als Anwalt des ausgebeuteten arbeitenden Volkes; sie wollten den Arbeitern ihre Lage als Ausgebeutete und ihre sozialen Interessen bewusst machen und brachten auch Verständnis für den Widerstand der Proletarier auf, ja forderten sie sogar auf, sich zu wehren und für ihre Interessen zu kämpfen. Sie erhoben scharfe Anklagen gegen die Bourgeoisie und prangerten deren ausbeuterischen Charakter an. Damit trugen die „Blätter“ zur Weckung des Klassenbewusstseins der Breslauer Arbeiter bei. Doch bewegte sich ihre Arbeiteragitation nicht in den Bahnen des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie; auch redeten sie nicht einer Beseitigung des Privateigentums das Wort, sondern wollten lediglich dessen Missbrauch aus der Welt schaffen. Ihr Ideal war eine friedlicher Ausgleich zwischen Besitzlosen und Besitzenden, Arbeitern und Bourgeois mittels einer Organisation der Arbeit in dieser oder jener Weise. Ihre Attacken gegen die Bourgeoisie verfolgten im Grunde immer das Ziel, die Besitzenden zur Umkehr, zur Aufgabe ihres Profitstrebens, zur Beteiligung der Arbeiter an ihren Gewinnen zu bewegen, um einer drohenden blutigen Revolution vorzubeugen und schließlich zu einem Ausgleich von Arbeiter- und Bürgerinteressen zu gelangen. In diesem Konzept sind Elemente des kleinbürgerlichen Sozialismus von Louis Blanc ebenso enthalten wie generelle utopisch-sozialistische Vorstellungen von einem friedlichen Weg zu einer neuen sozialen Ordnung, wie sie die Mehrzahl der schlesischen Sozialisten des Vormärz vertreten hatte.

Offenbar ebenfalls wegen Geldmangels, woran schon das weit anspruchsvollere „Volkstribun“-Projekt scheiterte, gingen auch die „Fliegenden Blätter“ nach wenigen Wochen, wohl schon in der zweiten Aprilhälfte, ein.

*

Der am 14. April zunächst gewählte provisorische Vorstand des Arbeitervereins setzte sich je zur Hälfte aus demokratischen Intellektuellen (dem Arzt Sigismund Asch, dem

34) FB, Nr. 2, S. 12. 35) FB, Nr. 6, S. 43. 36) FB, Nr. 6, S. 47.

Universitätsprofessor Christian Nees von Esenbeck, dem Journalisten und „Literaten“ August Semrau und dem Schriftsteller Martin May) und Handarbeitern (den Schneidergesellen Moll und Wagner, dem Tischlergesellen Halfpaap, dem Schriftsetzer Lindner und dem Posamentier Thiel) zusammen. Der Verein konnte rasch starken Zulauf vermelden. Ende April zählte er bereits 615 Mitglieder. In der letzten Aprildekade brachte Julius Brill (1816–1882) den Versuch eines reaktionären und antisemitisch orientierten Regierungsekretärs zum Scheitern, unter der Flagge der Organisation der Arbeit einen sich als christlichen Not- und Hilfsverein firmierenden Konkurrenz-Arbeiterverein aus der Taufe zu heben.³⁷ Mitte Mai konstituierte sich der endgültige Vorstand, nachdem Semrau als Redakteur der „Reform“ nach Leipzig und Nees von Esenbeck als Abgeordneter nach Berlin gegangen war und für sie die Arbeiter Pelz und Steeg in den Vorstand kamen. Ihm gehörten nun an: Asch als Vorsitzender, Stücker, der allerdings bald darauf in die Schweiz ging, als Kassierer, Lindner als Sekretär, Halfpaap als Ordner und der Universitätsdozent für Mathematik Johann Georg Rosenhain³⁸ als „Vergnügungsmeister“, zuständig für Geselligkeit und Gesang, sowie Pelz und Steeg ohne spezielle Funktionen. Mitte Juli wurde ohne besondere Begründung, aber offenbar um die Aufgaben auf breitere Schultern zu verteilen, drei weitere Vereinsmitglieder, die sich in den Debatten hervorgetan hatten, in den Vorstand gewählt: Miro, Glatz und der Student A. Kattner, der schon als Redakteur für den „Volkstribun“ vorgesehen gewesen war.

In den folgenden Wochen und Monaten spielte der Arbeiterverein eine bedeutende politische Rolle. Er war nach dem Demokratischen Hauptverein die stärkste demokratische Kraft in Breslau. Im Mittelpunkt der Vereinzusammenkünfte im April und Anfang Mai standen die Wahlen zu den verfassunggebenden Versammlungen in Berlin und Frankfurt am Main. In der Wahlkampagne wirkte der Verein vor allem darauf hin, die Arbeiter für eine Beteiligung an den Wahlen und für eine Stimmabgabe für die Demokraten zu gewinnen. Halfpaap warnte vor einer Zersplitterung der Arbeiter;³⁹ Lindner regte an, Wahlmänner sowohl aus den Reihen der Arbeiter als auch von den Nicht-Arbeitern zu wählen, die sich schon im Polizeistaat für die Arbeiter eingesetzt hätten, also sozial engagierte Demokraten.⁴⁰ Der Vereinsvorstand rief in einem speziellen Flugblatt am 23. April „alle großjährigen Arbeiter, als da sind Gesellen, Haushälter, Tagelöhner und allerhand ehrliche Leute“ auf, unbedingt zur Wahl zu gehen und Männer als Wahlmänner zu wählen, die bereits bewiesen hätten, dass sie sich mit Wort und Tat für die einfachen Leute einsetzen. Verwiesen wurde dabei vor allem auf Mitglieder des demokratischen Klubs.⁴¹ Und der Vorstand benannte vier bekannte Arbeiter (Tischler-Altgeselle Halfpaap, Fabrikarbeiter Prix, Posamentier Thiel und Schneider Fach), bei denen sich die Wähler erkundigen sollten, welche Kandidaten im Interesse der Arbeiter zu wählen seien. Der dank seinem Auslandsaufenthalt mit dem Bund der Gerechten und der Kommunisten bekannte Breslauer Schriftsetzer und spätere erste Arbeiter-Abgeordnete im Berliner Parlament Julius Brill agitierte leidenschaftlich für ein Zusammengehen von Arbeitern und Bauern, die ja die Mehrheit des Volkes

37) AOZ, 23. April 1848. 38) Siehe Wolfgang ECCARIUS, Johann Georg Rosenhain. Mathematiker und Demokrat, in: Helmut BLEIBER/Walter SCHMIDT/Rolf WEBER, Männer der Revolution von 1848, Bd. 2, Berlin 1987, S. 305–426. 39) BZ, 26. April 1848, S. 1048: Arbeitervereinssitzung vom 22. April. 40) AOZ, 30. April 1848: Arbeitervereinssitzung vom 27. April. 41) Flugblatt: Arbeiterverein-Vorstand: An alle großjährigen Arbeiter, Breslau, den 23. April 1848.

bilden würden. Wenn sie die Mehrheit auch im Parlament hätten, könnten entsprechende Gesetze für das Volk beschlossen werden. Gegen Aversionen von Arbeitern gegenüber Bürgern setzte Brill sich zugleich für ein Zusammengehen mit den Bürgern, auch den Meistern ein, um der Demokratie bei den Wahlen ein Übergewicht zu verschaffen.⁴² Der Sieg der demokratischen Kandidaten in der Stadt, die alle drei Mandate für Breslau eroberten, war nicht zuletzt dem demokratischen Wahlverhalten der Breslauer Arbeiter zu danken. Gewählt wurden in Breslau im Mai 1848 für die preußische Verfassungsgebende Versammlung die Demokraten Julius Brill, Nees von Esenbeck und Julius Stein.⁴³

*

Politische Themen blieben auch nach Abschluss der Wahlen und der Eröffnung der Parlamente in Frankfurt und Berlin im Zentrum der Vereinsarbeit. Inzwischen war der Verein auf 2000 Mitglieder angewachsen und hielt regelmäßig, meist zweimal in der Woche seine Sitzungen in „deutschen Kaiser“ ab. Mitte Mai schloss sich die Vereinssitzung dem Protest der Breslauer Volksversammlung gegen die Rückberufung des Prinzen von Preußen aus dem englischen Exil durch das Ministerium Camphausen an.⁴⁴ Das geschah ungeachtet des Einwands des Arbeiters Lindner, dass die Arbeiter die Sache angeblich nicht kümmern, denn sie wollten vor allem Arbeit haben. Mai begründete dagegen den Protest mit dem Nachweis, dass man sich entschieden gegen die Regierung aussprechen müsse, weil sie von Anbeginn mit ihren Maßnahmen die Revolution leugne und sich als ein „volksfeindliches Ministerium“ erwiesen habe, gegen das einer sogar eine Anklage wegen Hochverrats zu beantragen empfahl.⁴⁵

Am 25. Mai setzte sich Asch kritisch mit dem von der preußischen Regierung unterbreiteten Verfassungsentwurf auseinander, und man nahm eine von Engelmann, Mai und Miro ausgearbeitete Protestadresse gegen diesen Entwurf an.⁴⁶ Die Diskussion prangerte die totale Nichtbeachtung der sozialen Frage im Verfassungsentwurf an und verlangte die Durchsetzung der durch den 18. März eroberten Volkssouveränität sowie den Einsatz des Volkes für die Märzerrungenschaften, und sei es durch eine zweite Revolution. Sie mündete in den Antrag an die Berliner Versammlung, die Berliner Barrikadenkämpfer, die „Helden der Revolution“ mit einem Denkmal zu ehren. Am 1. Juni schloss sich der Verein auf Vorschlag von Philipp Hoyoll einer Adresse der Breslauer demokratischen Vereine an, in der das Vereinbarungskonzept der Regierung strikt abgelehnt wurde.⁴⁷ Nach dem 18. März gäbe es keine Gleichberechtigung von Krone und Volk; das Volk habe sich vielmehr die volle Souveränität erkämpft und das von ihm gewählte Parlament sei allein zur Ausarbeitung einer Verfassung berechtigt. Die Berliner Versammlung habe die Pflicht, sich als

42) AOZ, 3. Mai 1848: Arbeitervereinssitzung vom 27. April; BZ, 29. April 1848, S. 1081: Arbeitervereinssitzung vom 27. April. 43) Walter SCHMIDT, Die schlesischen Wahlkreise für die Wahlen zur preußischen Konstituante 1848 und die gewählten Abgeordneten und Stellvertreter, in: BLEIBER/SCHMIDT (wie Anm. 1), S. 217f. 44) AOZ, 17. Mai 1848: Sitzung vom 14. Mai; SZ, 27. Mai 1848, S. 1339; dazu auch Gerhard BECKER/Jürgen HOFMANN, Proteste gegen die Rückberufung des Prinzen von Preußen. Zur Volksbewegung gegen die Krone und das Ministerium Camphausen im Mai 1848, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23 (1975), S. 801-804. 45) AOZ, 17. Mai 1848: Sitzung vom 14. Mai; SZ, 27. Mai 1848, S. 1339. 46) AOZ, 30. Mai und 3. Juni 1848: Arbeitervereinssitzung vom 25. Mai und 1. Juni. 47) AOZ, 3. Juni 1848: Arbeitervereinssitzung vom 1. Juni.

Konstituante zu erklären und in der Verfassung die Volkssouveränität als obersten Grundsatz zu verankern.

Enthusiastisch begrüßte der Verein die erfolgreiche Wiener Mai-Revolution.⁴⁸ Engelmann verwies bei seinem Plädoyer für ein Zusammengehen von Arbeitern und Bürgern auf den Erfolg der Wiener Revolution; sie beweiße, dass durch feste Haltung des einigen Volkes die Reaktion, die stets die Spaltung des Volks anstrebe, niedergeschmettert werden könne.⁴⁹ In Wien, so begründeten Lindner und Asch ihren Antrag, haben Arbeiter, Bürger und Studenten, also das ganze Volk, für die Freiheit gekämpft und eine zweite unblutige Revolution gemacht, was zeige, dass dem einigen Volk niemand widerstehen könne.⁵⁰ Daher sei Wien das Muster für alle Demokraten. Nach der Wahl des dem Parlament nicht verantwortlichen Reichsverwesers durch die Frankfurter Nationalversammlung stimmte die Vereinsversammlung Brehmers scharfer Kritik an dieser Verletzung der Volkssouveränität und dem Protest mit Enthusiasmus zu.⁵¹ Der Breslauer Arbeiterverein unterschied sich dadurch von der Mehrheit der ostelbischen Arbeitervereine, dass er die Politik nicht den demokratischen Vereinen überließ, sondern sich selbst ausgesprochen stark und von zunehmend radikaleren demokratischen und sozial motivierten Positionen aus in die Politik einmischte.

*

Zugleich nahm der Breslauer Arbeiterverein jederzeit die ureigenen ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeiter wahr. Er setzte sich energisch dafür ein, dass in die so genannte Arbeiterkommission des Breslauer Magistrats Arbeitervertreter aller Gewerbe, aber auch Tagelöhner, Eisenbahnbauarbeiter und Hausknechte entsandt werden.⁵² Entschieden wandten sich Nees von Esenbeck und Wilhelm Wolff im Namen des Arbeitervereins gegen Versuche von Gutsbesitzern, die, um die radikalen Breslauer Arbeiter zu bestrafen, ihre Wolle zur Verarbeitung nicht an die Breslauer Wollarbeiter, sondern nach Ratibor zu schicken beabsichtigten. Eine Erklärung des Vereins stellte klar, dass der Arbeiterverein die Stadt nicht gefährde.⁵³ Gegen ein den Arbeiterverein diffamierendes Plakat des konstitutionellen Vereins erklärte der Vorstand, dass „die Gesinnungen der hiesigen Arbeiterklasse die edelsten und besten sind.“⁵⁴ Alle Versuche, Tumulte und Exzesse hervorzurufen, wie sie die reaktionären judenfeindlichen Gesinnungsgenossen des Wit von Döring^{54a} beabsichtigten, würden auf den „energischen Widerstand des Kerns des Arbeiterstandes“ stoßen.

Der Verein protestierte gegen die Entlassung von 300 Arbeitern, die sich an politischen Demonstrationen beteiligt hatten, durch den Magistrat⁵⁵ und prangerte nachdrückliche Versuche von Arbeitgebern an, Arbeiter wegen ihrer demokratischen Gesinnung zu entlassen, wie es Eisenbahnarbeitern der niederschlesischen Eisenbahngesellschaft widerfahren war.⁵⁶ Entschieden widersetzten sich die demokratischen Kräfte im Verein aber auch den von zahlreichen Arbeitermitgliedern unterstützten Vorschlägen und Anträgen, Landleute und fremde Arbeiter als Konkurrenten um die Arbeitsplätze generell aus der Stadt

48) Wolfgang HÄUSLER, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848, Wien/München 1979, S. 217, 240. 49) AOZ, 3. Juni 1848: Sitzung vom 1. Juni. 50) AOZ, 7. Juni 1848: Arbeitervereinssitzung vom 3. Juni. 51) AOZ, 9. Juli 1848: Sitzung vom 6. Juli. 52) AOZ, 13. und 21. Mai 1848: Arbeitervereinssitzungen vom 11. und 18. Mai. 53) Ebenda. 54) Ebenda. 54a) Zu Witt von Döringsiehe Helge DVORAK/Peter KAUPP, Wit von Döring, Ferdinand Johannes, in: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I/6, Heidelberg 2005, S. 349–353. 55) AOZ, 17. Mai 1848: Öffentliche Sitzung vom 14. Mai. 56) AOZ, 7. Juni 1848: Arbeitervereinssitzung vom 3. Juni.

auszuweisen.⁵⁷ Auf Anregung des Baron Stücker betrieb der Arbeiterverein ein Zeitlang das Projekt einer Speiseanstalt für Arbeiter, wählte eine Kommission für Geldsammlungen und gründete einen entsprechenden Fonds.⁵⁸ Asch meinte, dass sich in praktizierter Gemeinsamkeit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit realisieren lasse und daraus schließlich die Organisation der Arbeit herauswachsen könnte. Das Unternehmen scheiterte indes an den fehlenden finanziellen Voraussetzungen bereits im Frühsommer 1848. Eine längere Debatte beschäftigte sich mit einem angestrebten Gesetz zur Prüfung des Brotpreises.⁵⁹ Verlangt wurde gemeinsam mit dem Verein Germania eine rechtliche Fixierung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Werkführern, wozu die jeweiligen Arbeitgeber durch Gesetze gezwungen werden sollten, sie hätten jederzeit auch den Grund von Entlassungen anzugeben.⁶⁰ Selbstverständlich solidarisierte man sich mit dem Widerstand von Tagelöhnern gegen verschärfte Ausbeutungsmethoden.⁶¹ Nicht zuletzt setzte sich der Verein für den Bau von Sozialwohnungen in der Stadt ein.⁶² Er erörterte einen Antrag, in dem der Magistrat aufgefordert wurde, den Bau geräumiger, gesunder Wohnungen für Arbeiter zu veranlassen.

Mitte Juni, als sich offenbar Probleme mit der Aufnahme von Arbeitern in den Demokratischen Verein auftaten — Doppelmitgliedschaften waren in der demokratischen Vereinsbewegung von 1848 überall gang und gäbe —, befasste sich der Verein mit dem Verhältnis von Demokratischem und Arbeiterverein und diskutierte dabei die Beziehungen von politischer und sozialer Frage.⁶³ Brehmer, Brand, Rosenhain und Salzbrot stellten klar, dass der Arbeiterverein sich vom Demokratischen Verein zwar dadurch unterscheide, dass er den sozialen Problemen größeres Gewicht beimesse, er gleichwohl zutiefst demokratischen Charakter trage. Da die soziale Frage nach errungenen politischen Freiheiten schneller lösbar werde, beteilige sich der Arbeiterverein jederzeit aktiv an politischen Kämpfen und sei insofern zugleich demokratisch. Zwar habe der Demokratische Verein ein ausgeprägteres politisches Bewusstsein, das im Arbeiterverein noch auszubilden sei, doch dürften soziale und politische Frage nicht getrennt und gegenübergestellt werden.

Anfang Juli wurde im Verein die Einladung zum für Ende August einberufenen Berliner Arbeiterkongress behandelt, die gerade eingetroffen war.⁶⁴ Man begrüßte die Zielsetzung, sich der materiellen Interessen der Arbeiter anzunehmen und befürwortete die in der Einladung vorgeschlagenen sozialen Forderungen. Von der nur wenige Wochen zuvor verweigerten Zustimmung zu einem Antrag auf Einberufung eines Kongress der deutschen Arbeiter war keine Rede mehr. Man war sich sofort darüber einig, dass Nees von Esenbeck und Brill, die als Abgeordnete ohnehin in Berlin weilten, den Verein auf dieser Zusammenkunft vertreten sollten.

*

Der Arbeiterverein galt allen als starkes Element der schlesischen Demokratie, die sich auf den ersten Provinzialkongress vorbereitete. In der ersten Julihälfte bestimmte er durch Wahl Pelz, Steeg, Lindner, Asch und Rosenhain zu Delegierten für diesen Kongress.⁶⁵ Und seine Arbeitervertreter, vor allem Pelz, spielten auf dem am 16. Juli in Breslau abgehaltenen

57) AOZ, 17. und 21. Mai 1848: Öffentliche Sitzung vom 14. und 18. Mai. 58) AOZ, 21., 25. und 30. Mai sowie 9. Juli 1848: Arbeitervereinsitzung vom 18. Mai. 59) AOZ, 16. Juli 1848: Sitzung vom 13. Juli. 60) AOZ, 7. Juni 1848: Sitzung vom 3. Juni. 61) AOZ, 12. Juli 1848: Sitzung vom 7. Juli. 62) AOZ, 7. Juni 1848: Sitzung vom 3. Juni. 63) AOZ, 15. Juni 1848: Sitzung vom 10. Juni. 64) AOZ, 9. Juli 1848: Sitzung vom 6. Juli. 65) AOZ, 12. und 16. Juli 1848: Sitzungen vom 7. und 13. Juli.

Kongress⁶⁶ eine bedeutende Rolle, als es galt, Versuche von rein politisch orientierten Demokraten abzuwehren, die soziale Frage hintanzustellen. Nach einer längeren Debatte, die leider nicht dokumentiert ist, beantragte Rühl vom Demokratischen Hauptverein in Breslau, die Versammlung möge zwar die soziale Frage zur Hauptaufgabe der Demokratie erklären; aber da aus Zeitgründen eine Beschlussfassung dazu nicht möglich sei, sollte deren Behandlung den einzelnen Vereinen überlassen werden, die darüber dem Zentralausschuss zu berichten hätten. Diese Berichte wären dann einem Komitee zur Ausarbeitung eines Manifests zu übergeben. Rühls Vorschlag mündete in den Antrag, darüber keine weitere Debatte zu führen, sondern zur Tagesordnung überzugehen.

Gegen die unverkennbare Absicht, die sozialen Anliegen der Arbeiter auf die lange Bank zu schieben, setzte sich der offenbar zahlenmäßig nicht sehr starke, aber hochmotivierte proletarische Flügel des Kongresses umgehend zur Wehr. Der Arbeiter Pelz aus dem Breslauer Arbeiterverein protestierte mit Entschiedenheit gegen Rühls Antrag mit der Feststellung, dass dies eine Enttäuschung für die Arbeiter wäre. Wie schon der Deputierte Hassack aus Neiße zuvor erklärte er, dass seine Kommitenten, die Arbeiter des hiesigen Arbeitervereins, ihm eine Mandat anvertraut haben, „welches lediglich auf die Besprechung der sozialen Fragen sich beschränke“.⁶⁷ Zwar sei ihm klar, dass die soziale Frage nicht ad hoc zu lösen sei, aber es müsste doch verlangt werden, dass die Politiker in der Demokratie sich ebenso der sozialen Frage annehmen, wie er selbst sich ja mit Politik befasse. Wäre den Demokraten die Elendslage der Arbeiter wirklich bekannt, ginge man hier der sozialen Frage ernster zu Werke. Diese deutlich kritische Intervention rief eine „ungeheure Aufregung“ hervor.

Erst der Auftritt des Arztes Dr. Isidor Pinoff, der bereits im Vormärz als Sozialist einen Namen hatte und unter den Arbeitern großes Ansehen genoss, vermochte die Arbeitervertreter zu beschwichtigen und so die Situation zu entschärfen. Er habe, so Pinoff, durch langjährige Auseinandersetzung mit den sozialen Problemen die Überzeugung gewonnen, dass deren Lösung in den nächsten Dezennien unmöglich sei. Aber wirkliche Demokraten dürften sich der sozialen Frage gegenüber gleichwohl nicht desinteressiert verhalten. Er postulierte glasklar: „Wir hören auf, Demokraten zu sein, wenn wir nicht Sozialisten sind.“⁶⁸ Allerdings müsste die Arbeiterfrage zur Arbeitsfrage verbreitert werden, da vor allem die Qualität der Arbeit in Zukunft verändert werden müsse. Daraufhin nahm der Kongress mehrheitlich nur den ersten Teil des Rühlschen Antrags an, dass nämlich die soziale Frage die Hauptaufgabe der Demokratie zu sein habe; er erklärte sich mehrheitlich zugleich für den weiteren Umgang mit dem Problem. Entgegen kam der Kongress den Wünschen des proletarischen Flügel auch mit einem auf Antrag von Julius Maria Petery aus Schweidnitz mehrheitlich gefassten Beschluss, nach der Ausarbeitung der vorgesehenen Denkschrift einen Sonderkongress zur Beratung der sozialen Frage einzuberufen.

Die Zentrale wurde in dieser Frage, wie überlieferte Rundschreiben ausweisen, sofort aktiv. Spätere wiederholte Mahnungen sprechen dafür, dass eine entsprechende Aufforderung an die Vereine bald erfolgt ist, jedoch keinen Erfolg zeitigte. Ein spezieller Kongress zur sozialen Frage kam nicht zustande.

66) Zum ersten Provinzialkongress der schlesischen Demokraten siehe: SZ, 18. Juli 1848, S. 1892f. und Der Demokrat (Liegnitz), Nr. 1, S. 11-13, Nr. 3, S. 30-32, Nr. 4, S. 39-40; ferner AOZ, 18. Juli 1848; eine umfangreiche Berichterstattung lieferte auch die „Neue Rheinische Zeitung“ (NRhZ), 20. Juli 1848, S. 2; 21. Juli 1848, S. 2-3; 1. August 1848, Beilage, S. 1 (hier ein Abdruck der Beschlüsse des Kongresses); kritisch die linksdemokratische Schlesische Chronik (Schles. Chr.), 15. August 1848, S. 269f. 67) AOZ, 18. Juli 1848; Der Demokrat, Nr. 1, S. 12. 68) SZ, 18. Juli 1848, S. 1893.

Schlesische Geschichtsblätter

Zeitschrift für Regionalgeschichte Schlesiens

37. Jahrgang (2010)

Herausgegeben vom Verein für Geschichte Schlesiens e.V.

Heft 2 (August)

SCHMIDT: Der Breslauer Arbeiterverein von 1848. Seine Gründung und Entwicklung bis zum ersten Provinzialkongress der schlesischen Demokraten, 33-44 ALLNOCH: Die Stiftsherrschaft Heidersdorf bei Neisse, 45-49 PATZELT: Hugo von Seeliger (1849-1924), 50-56 SPERLING: Herzog Eugen (I.) von Württemberg (1758-1822). Förderer Carl-Maria von Webers, 57-64 KUHNT: Vor 150 Jahren: Bau der Zuckersiederei Gutschdorf, 65-67 SMARZLY: Die Schreibersdorfer Mühle „Amerikon“, 68-71

Hinweis für Autoren

Manuskripte zur Veröffentlichung in den Schlesischen Geschichtsblättern senden Sie bitte möglichst per E-Mail an unseren Zweiten Vorsitzenden und Schriftleiter der Schlesischen Geschichtsblätter Prof. Dr. Andreas Klose unter andreas.klose@vfgs.eu oder als Papierausdruck an die unten angegebene Anschrift. Bitte berücksichtigen Sie bei der Erstellung Ihrer Manuskripte die auf unserer Internetseite angegebenen Zitierhinweise.

Mitarbeiter dieses Heftes:

Dieter ALLNOCH,
Heinz-Jochen KUHNT,
Dr. Herbert PATZELT,
Prof. Dr. Walter SCHMIDT,
Andreas M. SMARZLY,
Oliver SPERLING,

Schriftleiter: Prof. Dr. Andreas KLOSE,

Gestaltung und Satz: Zwölf, Büro für Grafikdesign, Paul-Lincke-Ufer 44a, 10999 Berlin, www.zwoelf.net
Druck und Bindung: Pinguin Druck, Marienburger Straße 16, 10405 Berlin

Verein für Geschichte Schlesiens e.V.
Berliner Ring 37
97753 Karlstadt (Main)
www.verein-fuer-geschichte-schlesiens.eu

ISSN 2190-4871

